

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dietmar Friedhoff, Markus Frohnmaier, Edgar Naujok, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/8721 –**

Drogen- und Fluchtbewegungen aus dem sogenannten Globalen Süden in den Globalen Norden

Vorbemerkung der Fragesteller

Der illegale Drogenkonsum ist in den letzten Jahren weltweit relativ stabil geblieben, hat sich aber in westlichen Staaten erhöht. Die USA leiden unter den meisten Drogentoten und der höchsten drogenbezogenen relativen Sterberate und in Europa ist ein deutlicher Anstieg des Drogenkonsums festzustellen (<https://de.statista.com/themen/100/drogen/#topicOverview>). Nach einem Rückgang der Anzahl der Drogentoten in Deutschland, vom Jahr 2000 ausgehend bis zum Jahr 2012, steigt die Anzahl seit über zehn Jahren wieder an (<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/403/umfrage/todesfaelle-durch-de-n-konsum-illegaler-drogen/>). Todesursächlich ist vor allem die Einnahme von Heroin und Morphin und der Anteil von Opiaten und Opioiden hat sich in den letzten Jahren sukzessive erhöht (<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/187669/umfrage/drogentote-in-deutschland-nach-todesursache/>).

Die Quelle der Drogen scheint hauptsächlich in Ländern des Globalen Südens zu liegen, während der erhöhte Konsum in Ländern des Globalen Nordens stattfindet. Gleichsam finden Migrations- und Fluchtbewegungen in dieselbe Richtung statt. Ein erhöhter Drogenkonsum geht mit einem Anstieg von Beschaffungskriminalität und Handelsdelikten einher. In Deutschland beträgt der Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger beim Drogenhandel etwa ein Drittel, bei Kokain und Crack übersteigt er den Anteil deutscher Tatverdächtiger (www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/Rauschgiftkriminalitaet/2021RauschgiftBundeslagebild.html?nn=27972).

1. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse über die wirtschaftliche Bedeutung der illegalen Drogenproduktion in Ländern des Globalen Südens, insbesondere in Ländern Lateinamerikas und Afrikas sowie in Afghanistan und Pakistan, hinsichtlich geschätzter Umsätze, prozentualen Anteil der Beschäftigung und Anteil an der Wertschöpfung vor, und wenn ja, welche?

Der Bundesregierung liegen keine konkreten Zahlen hinsichtlich der Umsätze, dem prozentualen Anteil der Beschäftigung und dem Anteil an der gesamten

Wertschöpfung in Bezug auf die illegale Drogenproduktion in den jeweils genannten Ländern vor.

Allgemeine Daten über die Entwicklungen der Drogenproduktion und -sicherstellung werden jährlich vom Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (United Nations Office on Drugs and Crime, UNODC) erhoben. Insoweit verweist die Bundesregierung auf den UNODC Weltrogenbericht 2023 sowie auf das UNODC „Data Portal“.

Nach Angaben des UNODC beläuft sich die Einschleusung illegal erwirtschafteter Gelder in den legalen Finanz- und Wirtschaftskreislauf jährlich auf geschätzt zwei Prozent bis fünf Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts (BIP), d. h. ca. 800 Mrd. bis zwei Bio. US-Dollar. Laut der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EBDD), gehört die illegale Drogenproduktion zu den gewinnbringendsten Aktivitäten des organisierten Verbrechens und macht circa ein Fünftel der oben genannten Beträge aus.

Die Wertschöpfung entlang der Produktionskette fällt jedoch signifikant unterschiedlich aus. Kleinbäuerinnen und -bauern in Drogenanbauregionen zählen in der Regel zur ärmsten Bevölkerungsgruppe. Oft sind betroffene Regionen geprägt durch fragile Staatlichkeit, fehlende Präsenz staatlicher Behörden sowie gewalttätige Konflikte.

Zur Verbesserung der wissenschaftlichen Evidenzgrundlage hat die Bundesregierung 2019 bei der Forschungsabteilung des UNODC eine Studie zu Wirksamkeit und Radius von Maßnahmen der Alternativen Entwicklung in Drogenpflanzenanbaugebieten veranlasst. Die Studie erfasst mittels eines Annäherungswertes die Zahl der Kleinbauern, die weltweit in den illegalen Drogenanbau involviert sind.

Im Übrigen wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 11 der Kleinen Anfrage der Fraktion der FDP auf Bundestagsdrucksache 19/7833 verwiesen.

2. Betreibt oder plant die Bundesregierung Maßnahmen im Rahmen wirtschaftlicher Zusammenarbeit in Ländern des Globalen Südens, um Alternativen zum Drogenanbau bzw. zur Drogenproduktion für die Produzenten und die damit Beschäftigten zu schaffen, und wenn ja, welche?

Die Bundesregierung fördert lediglich Maßnahmen der Alternativen Entwicklung in Drogenpflanzenanbaugebieten, nicht jedoch im Segment der Weiterverarbeitung und Drogenproduktion. Alternative Entwicklung verfolgt eine ganzheitliche Strategie, welche das komplexe Ursachengeflecht illegaler Drogenökonomien adressiert. Dabei kommen Elemente aus ländlicher Entwicklung, Armutsbekämpfung, Umwelt- und Klimaschutz, Förderung des Zugangs zu Land und Landrechten sowie der Stärkung von Rechtstaatlichkeit, Sicherheit und guter Regierungsführung zur Anwendung.

Das von der Bundesregierung finanzierte Vorhaben der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) „Globale Partnerschaft für Drogenpolitik und Entwicklung (GPDE)“ unterstützt in Kolumbien, Malawi und Albanien die Schaffung von legalen Einkommensquellen und den Zugang zu entsprechenden Wertschöpfungsketten für Kleinbäuerinnen und Kleinbauern. Darüber hinaus berät das Vorhaben Regierungen zur Transformation einer evidenzbasierten und auf Entwicklung, Gesundheit und Menschenrechte ausgerichteten Drogenpolitik.

Weiterhin fördert die GIZ im Rahmen des EU-finanzierten COPOLAD III-Vorhabens (Cooperation Programme between Latin America, the Caribbean and the European Union on Drugs Policies) Dialog- und Fortbildungsmaßnahmen

im Rahmen des Süd-Süd-Austausches zu entwicklungsorientierter Drogenpolitik mit 17 Ländern in Lateinamerika und der Karibik.

In Laos werden vom Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) mit Finanzierung der Bundesregierung Maßnahmen der Alternativen Entwicklung gefördert.

Die Bundesregierung beabsichtigt, ihr Engagement zur Förderung der ländlichen Entwicklung in Drogenanbauregionen in der Zukunft fortzuführen.

3. Hat sich die Bundesregierung eine Einschätzung erarbeitet zu den Auswirkungen der Drogenproduktion auf die Flucht- und Migrationsbewegungen aus Ländern des Globalen Südens, vorwiegend aus Lateinamerika in die USA und aus Afrika sowie Afghanistan und Pakistan nach Deutschland, wenn ja, wie lautet diese, und welchen Anteil haben nach Kenntnis der Bundesregierung Menschen, die
 - a) vor und wegen einer Drogenproblematik und damit verbundener Kriminalität flüchten, bzw.
 - b) zum Zweck des Drogenhandels in den Globalen Norden migrieren?

Nach Einschätzung der Bundesregierung sind Fluchtgründe in der Regel multi-kausal.

4. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, dass mexikanische Gruppen begonnen haben, synthetische Drogen in der EU herzustellen (www.emcdda.europa.eu/system/files/publications/14644/2022.2419_DE_02_wm.pdf), wenn ja, um welche Drogen handelt es sich nach Kenntnis der Bundesregierung, wird nach Kenntnis der Bundesregierung Xylazin als Bestandteil verwendet, und findet die Produktion oder der Handel nach Kenntnis der Bundesregierung auch in Deutschland statt?

Der Bundesregierung liegen Erkenntnisse vor, wonach in den zurückliegenden Jahren in Einzelfällen in illegalen Laboren zur Herstellung synthetischer Drogen, hier insbesondere Crystal Meth (also kristallines Methamphetamin), in den Niederlanden und Belgien mexikanische Staatsangehörige festgestellt wurden. Die mexikanischen Staatsangehörigen sollen hierbei als Hilfsarbeiter in den illegalen Laboren beschäftigt gewesen sein.

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse darüber vor, dass mexikanische Gruppen eigenverantwortlich die illegale Herstellung von synthetischen Drogen in der EU durchgeführt haben. Eine Verwendung von Xylazin in diesen Laboren ist der Bundesregierung ebenfalls nicht bekannt geworden. Die illegale Herstellung synthetischer Drogen unter Beteiligung mexikanischer Staatsangehöriger in Deutschland ist bisher ebenfalls nicht bekannt geworden.

5. Ist der Bundesregierung bekannt, ob Flucht- und Migrationsrouten aus dem Globalen Süden nach Deutschland für die illegale Einfuhr von Drogen genutzt werden und Flüchtlinge oder Migranten den Transport übernehmen (wenn ja, bitte ausführen)?

Hierzu liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor.

6. Liegen der Bundesregierung Informationen über die Herstellung von Drogen und psychoaktiven Substanzen in China und Indien sowie deren Einfuhr und Vertrieb in Deutschland vor (wenn ja, bitte ausführen)?

In China werden verschiedene Rauschgiftarten hergestellt, z. B. Methamphetamin oder auch neue psychoaktive Stoffe. Eine Einfuhr von Methamphetamin aus China nach Deutschland ist bisher nicht bekannt geworden. China wird vorrangig als Herkunftsland von neuen psychoaktiven Stoffen festgestellt, die vor allem als Reinsubstanz nach Europa geliefert und hier weiterverarbeitet werden. Darüber hinaus ist China ebenfalls Herkunftsland von Grundstoffen und Vor-Vorläuferstoffen, inklusive sogenannter Designergrundstoffe, die für die illegale Herstellung synthetischer Drogen vorrangig in den Niederlanden und Belgien verwendet werden.

Indien ist Herkunftsland des Arzneimittels Ketamin für die Pharmaindustrie in Europa, welches verstärkt weltweit illegal weitergeschmuggelt wird.